

N i e d e r s c h r i f t

HFA/017/2006

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 30.05.2006**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder SPD Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Tockowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Ulrich Beckmann fraktionslos Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Siegfried Mau
Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Theresia Nagelschmidt
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Frau Ellen Knoop
Frau Annette Tombült	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Marianne Helmes
Herr Ludger Winnemöller	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Christian Kaisal

Gäste:

Herr Prof. Dr. Haselbach	zu TOP 1 bis 18:40 Uhr
--------------------------	------------------------

Verwaltung:

Herr Dr. Ernst Kratzsch	Erster Beigeordneter
Herr Dr. Heinz Janning	Beigeordneter
Herr Werner Lütkeemeier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter Interner Service
Herr Peter Oldekopf	Rechnungsprüfungs- amtsleiter
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Michael Netter	Stellv. Personalratsvor- sitzender (ztw.)
Frau Ursula Hartmann	Mitglied Personalrat (ztw.)
Herr Walter Möller	FBL Bildung, Kultur und Sport (ztw.)
Herr Raimund Hötter	FBL Wohn- und Grund- stücksmanagement (ztw.)
Herr Reinhold Künstler	FBL Recht und Ordnung (ztw.)
Herr Johannes Plagemann	Leiter der Feuer- und Rechtungswache (ztw.)

Herr Klaus Dykstra

Herr Theo Elfert

PV Kultur (zu TOP 1)

Schriftführer
Vertretung für Herrn
Michael Vogelsang

Enschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied

Verwaltung:

Herr Michael Vogelsang

Schriftführer

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

**2. Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung am
09. Mai 2006**

Tonbandfundstelle: I/B/3304

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 09. Mai 2006 gefassten Beschlüsse

Tonbandfundstelle: I/B/3314

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

4. Informationen

4.1. Kosten für Kindertageseinrichtungen

Tonbandfundstelle: I/B/3345

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass in der heutigen Sitzung der Hauptverwaltungsbeamten des Kreises Steinfurt heftig über die Zuschussminimierung des Landes bei den Kindertageseinrichtungen diskutiert worden sei. Bereits in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung habe den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltung Einvernehmen bestanden, die Minimierung der Landeszuschüsse aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Rheine nicht aufzufangen. Das bedeute, dass die Elternbeiträge entsprechend angepasst werden müssten. Herr Niehues habe sich gestern Abend bei einer kreiseinheitlichen Regelung noch für den Kompromiss ausgesprochen, die Kostendifferenz für das Jahr 2006 aufzufangen und damit die Elternbeiträge erst zum 1. Januar 2007 zu erhöhen.

Der Landrat habe in der heutigen Sitzung der Hauptverwaltungsbeamten den Empfehlungsbeschluss des Kreisjugendhilfeausschusses vorgestellt, wonach die Minimierung der Landeszuschüsse aufgefangen und über eine differenzierte Kreisumlage von den betroffenen kreisangehörigen Gemeinden finanziert werden solle.

Die Bürgermeister ohne eigenes Jugendamt hätten sich gegen diese Lösung ausgesprochen. Es wolle auch niemand die Elternbeiträge erhöhen, weil das bildungspolitisch eigentlich nicht zu verantworten sei. Andererseits wolle man aber auch ein klares Signal an die Landesregierung geben, dass es mit derartigen Kostenabwälzungen auf die Kommunen so nicht weitergehe. Die Hauptverwaltungsbeamten hätten sich nach ausgiebigen Diskussionen einstimmig darauf geeinigt, folgenden Wortlaut durch den Landrat in der heutigen Sitzung des Kreistages bekannt zu geben:

„Die Bürgermeister im Kreis Steinfurt weisen auf die erheblichen Leistungen und Belastungen der Gemeinden in den letzten Monaten und Jahren im Bereich der Kindertageseinrichtungen hin, etwa bei der Übernahme von Trägeranteilen.

Die Gemeinden sehen sich nicht in der Lage, die ausfallenden Landesmittel durch die Gemeindebudgets zu kompensieren.“

Es werde davon ausgegangen, dass durch die vg. Auffassung der Hauptverwaltungsbeamten die Entscheidung des Kreisjugendhilfeausschusses nicht aufgehoben werde. Den 4 Städten mit eigenen Jugendämtern stehe allerdings die Entscheidung frei, sich entweder dem Kreistagsbeschluss anzuschließen oder aber die Elternbeiträge zu erhöhen.

Die Verwaltung werde jedenfalls dem Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine für seine nächste Sitzung den Beschlussvorschlag unterbreiten, die Elternbeiträge zu erhöhen.

4.2. Verleihung der Ehrenfahne des Europarates 2006

Tonbandfundstelle: II/B/0185

Frau Dr. Kordfelder informiert die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses über den Inhalt des als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Vermerkes.

4.3. Partnerschaftstreffen in Trakai vom 25. bis 28. Mai 2006

Tonbandfundstelle: II/A/0505

Frau Dr. Kordfelder berichtet über die Feierlichkeiten zur 10-jährigen Städtepartnerschaft zwischen Rheine und Trakai. Hierzu seien Delegationen aus Rheine, Bernburg und Borne am vergangenen Wochenende nach Trakai geflogen. Der Festakt habe dort im Beisein des deutschen Botschafters stattgefunden. Aus Anlass dieser 10-jährigen Städtepartnerschaft sei der Stadt Rheine eine Hälfte einer Messingtafel übergeben worden. Die andere Hälfte bleibe in Trakai. Die Messingtafel sei ein Symbol für die verschiedenen Vereinbarungen über gemeinsame Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaft.

Rheine könne sehr stolz auf diese Städtepartnerschaft mit der „Perle Litauens“ sein, die nicht nur von der Verwaltung, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern beider Städte mit getragen werde. Diese Städtepartnerschaft werde durch Personen gelebt und stabilisiert. Zu den stabilen Säulen dieser Städtepartnerschaft in Rheine gehöre Herr Bernd Weber vom Pressereferat, bei dem Frau Dr. Kordfelder sich mit einem Blumenstrauß für dessen Aktivitäten bedankt.

5. Beratung Stellenplan 2006 Fachbereich 3 – Recht und Ordnung Vorlage: 223/06

Tonbandfundstelle: II/A/1180

Herr Niehues stellt fest, dass es sich heute um die 1. Lesung des Stellenplanes und des Haushaltsplanes handle. Die 2. Lesung erfolge auf der Grundlage der Zusammenfassung aller Ausschussberatungen, und zwar am 13. Juni d. J. im HFA im Rahmen der Eckdatenüberprüfung. Er wolle schon jetzt vorsorglich darauf hinweisen, dass es in Kenntnis der Beratungsergebnisse insgesamt durchaus noch Änderungen zum Stellenplan oder Haushaltsplan geben könne.

Ferner weist er darauf hin, dass bei den Stellenplanvorlagen eine größere Transparenz erforderlich sei. So sei z. B. in der CDU-Fraktion beim Vergleich der Stellenverlagerungen zwischen den abgebenden und aufnehmenden Fachbereichen in der Summe kein übereinstimmendes Ergebnis festgestellt worden.

Auch seien bei den Stellenausweitungen Rückkehrrechte und veränderte Teilzeitwerte angegeben, obwohl bei der kürzlich beschlossenen Streichung unbesetzter Stellen die mit Rückkehrrechten oder sonstigen Ansprüchen versehenen Stellen von dieser Reduzierung ausgenommen worden seien. Insofern könne er die unter diesem Tagesordnungspunkt unter Ziffer 2 dargestellte Stellenausweitung um 2,11 Stellen nicht nachvollziehen.

Herr Hermeling antwortet, bei den Verschiebungen handele es sich um Stellentausche zwischen unterschiedlichen Organisationseinheiten. Anpassungen hingegen seien Veränderungen der Arbeitszeiten, durch die sich die Stellenanteile verändern würden. Die Verwaltung sammle im Augenblick die Rückläufe aus den Stellenplanberatungen der Fachausschüsse und werde auf dieser Grundlage dem Haupt- und Finanzausschuss zu seiner Sitzung am 13. Juni 2006 die sich ergebenden Veränderungen aufzeigen. Die Änderungen aufgrund der Rückkehrrechte würden dabei nachrichtlich dargestellt, damit der HFA diese dann zur Kenntnis nehmen könne.

Herr Künstler ergänzt, dass die für den Fachbereich 3 aufgezeigten Anpassungen erforderlich geworden seien, weil in seinem Fachbereich viele jüngere Mütter und Väter beschäftigt seien, die tarifrechtlich einen Anspruch auf Änderung ihrer Arbeitszeiten hätten und hiervon auch Gebrauch machen würden.

Auf Frage von Herrn Niehues, warum diese Arbeitszeitanpassungen im Stellenplan ausgewiesen werden müssten, antwortet Herr Hermeling, dass die Handhabung in der Vergangenheit in den verschiedenen Fachbereichen unterschiedlich gewesen sei. Da die Soll- und Ist-Besetzung der Stellen weitgehend identisch sein sollte, habe man sich fachbereichsübergreifend dafür ausgesprochen, die Auswirkungen der Arbeitszeitveränderungen auch im Stellenplan darzustellen. Die Verwaltung werde in der für die HFA-Sitzung am 13. Juni 2006 zu erstellen Übersicht hierauf eingehen.

Herr Ortel hält es für ausreichend, wenn die virtuelle Größe des Stellenplanes sowie die Veränderungen in dessen Entwicklung dargestellt würden.

Auf Hinweis von Herrn Wilp merkt Herr Hermeling an, dass der Stellenplan nicht das geeignete Steuerungsinstrument des Rates sei. Hierzu würde sich das jeweilige Personalkostenbudget besser eignen.

Herr Niehues entgegnet, dass die CDU-Fraktion gerne über Produkte steuern würde. Dafür benötige sie aber die fehlenden Kennzahlen, Ziele usw., sodass hierzu seitens der Verwaltung im Rahmen des Erläuterungsberichtes nachgearbeitet werden müsse.

Herr Holtel und Herr Thum möchten auf den vom Rat zu beschließenden Stellenplan nicht verzichten, weil im Stellenplan die Veränderungen in den einzelnen Fachbereichen deutlich würden bzw. die Stellenbewertungen ersichtlich seien.

Herr Ortel sieht als Ziel die Personalkostenreduzierung und nicht Personaleinsparungen. Wie Personalkosten reduziert werden könnten, z. B. durch veränderte Aufgabenzuschüsse in den verschiedenen Fachbereichen, solle dabei der Verwaltung überlassen bleiben.

Herr Thum bezieht sich auf Ziffer 1.3 der Vorlagenbegründung und stellt den Antrag, durch Beschränkung der Öffnungszeiten in der Außenstelle Mesum auf einen halben Tag eine 0,5-Stelle einzusparen.

Herr Wilp erklärt, dass er sich dem Antrag nicht widersetzen werde, allerdings dürfe die Beschränkung der Öffnungszeit nicht zur Schließung der Außenstelle Mesum führen. Er gibt zu bedenken, dass nach dem seinerzeit zwischen der Stadt und den Amtsgemeinden Rheine gefassten Neugliederungsvertrag Mesum

Anspruch auf die Außenstelle habe. Er werde diese vertragliche Regelung, die er und weitere amtierende Ratsmitglieder seinerzeit getroffen hätten, nicht auf „kaltem Wege“ rückgängig machen.

Herr Künstler rechtfertigt seinen Einsparvorschlag damit, dass die Außenstelle Mesum im Vergleich zum Bürgeramt im Alten Rathaus nicht so stark frequentiert werde, dass er die dortige Stellenbesetzung mit einer Stelle gegenüber den Mitarbeiter(inne)n des Bürgeramtes verantworten könne. Dieses sei anhand erfassten Besucherzahlen auch belegbar.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung – unter Berücksichtigung einer Reduzierung von 0,5 Stellen in der Außenstelle Mesum in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stellt fest, dass zusätzlich zum im Fachbereich 3 – Recht und Ordnung – vorhandenen Personal folgender Personalbedarf besteht:

6,0 Personen im Mittleren Feuerwehrtechnischen Dienst für
Stellen-Nummern: 3747, 3748, 3749, 3760, 3761 und 3762

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009
Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 224/06**

Tonbandfundstelle: II/A/3080

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des der Fachbereichs 3 – Recht und Ordnung – unter Berücksichtigung der unter TOP 5 beschlossenen Stellenplanreduzierung in den endgültigen Haushalts- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Beratung Stellenplan 2006
Feststellung des Personalbedarfs
Fachbereich 4 - Finanzen
Vorlage: 225/06**

Tonbandfundstelle: II/A/3174

Herr Niehues erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese die Fachbereichsleiterstelle im Jahre 2006 noch nicht einrichten wolle.

Herr Lütke-meier erinnert in diesem Zusammenhang an die Fraktionsvorsitzen-denbesprechung am 24. Oktober 2005, in der er umfassend über die im Zuge der Umstellung des Rechnungswesens auf das NKF notwendige Neuorganisation des gesamten Finanzbereiches informiert habe. Dabei seien sowohl die notwendige Änderung der bisherigen Aufbauorganisation der Stadtverwaltung durch Einrichtung des neuen Fachbereiches „Finanzen“, dessen Zuordnung zum Kämmerer, als auch die innere Organisation dieses neuen Fachbereiches, verbunden mit dem erforderlichen Personalkonzept, dargestellt und erläutert worden. In diesem Zusammenhang wolle er hervorheben, dass die Umsetzung des Personal- und Organisationskonzeptes ausschließlich durch Umschichtungen vorhandener personeller Ressourcen vorgesehen und mit einer Ausnahme inzwischen auch so durchgeführt worden sei. Er hätte seinerzeit schon darüber informiert, dass die nach dem Personal- und Organisationskonzept notwendige Stelle des Fachbereichsleiters nach verwaltungsinterner Stellenausschreibung im 1. Halbjahr d. J. hätte besetzt werden sollen. Bis dahin sollte die Funktion des Fachbereichsleiters vom Kämmerer wahrgenommen werden. Bis heute habe er von den Fraktionen keine Rückmeldung erhalten, die auch nur Teile dieses Personal- und Organisationskonzeptes infrage stellen würde.

Aus verschiedenen Gründen sei die verwaltungsinterne Ausschreibung der Fachbereichsleiterstelle bisher noch nicht durchgeführt worden. Die Fraktionen hätten in den letzten Tagen allerdings signalisiert, dass sie derzeit keine Ausschreibung und Besetzung dieser Stelle wünschen würden. Er könne damit leben, wenn damit nicht automatisch die Streichung der Funktion und Stelle verbunden sei und sich die weitere Zusatzbelastung des Kämmerers auf einen vertretbar begrenzten Zeitraum beschränken würde.

Herr Holtel erläutert, dass es möglicherweise in den nächsten Jahren einige Umstrukturierungen in der Verwaltung geben werde. Im Rahmen dieser Umstrukturierungsmaßnahmen könnten verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit entsprechenden Aufgaben betraut werden, sodass Herr Lütke-meier sicherlich die Chance haben werde, zu gegebener Zeit die richtige Person für diese Stelle zu benennen.

Auch Herr Thum erklärt für die SPD-Fraktion, die Stelle zz. noch nicht besetzen zu wollen. Die SPD-Fraktion wolle die Besetzung von der personellen Entwicklung im Fachbereich 4 abhängig machen.

Herr Niehues bezieht sich auf die Ausführung von Herrn Lütke-meier und stellt nochmals klar, dass die CDU-Fraktion die Stelle in diesem Jahr noch nicht einrichten wolle, auch wenn sich die Fraktionen grundsätzlich mit dem Konzept für die Gesamtorganisation des Fachbereiches 4 seinerzeit einverstanden erklärt hätten. Aufgrund der zu erwartenden Strukturveränderungen in der Verwaltung müsse sicherlich auch geprüft werden, ob Fachbereiche zusammengeführt werden könnten und welche Auswirkungen dieses evtl. auch auf die neu zu schaffende Fachbereichsleiterstelle „Finanzen“ haben werde.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 4 – Finanzen – in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen:
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stellt fest, dass zusätzlich zum im Fachbereich 4 – Finanzen – vorhandenen Personal folgender Personalbedarf besteht:
 - a) 3,0 Personen mittlerer nichttechnischer Dienst – Geschäftsbuchhaltung
 - b) 1,0 Personen mittlerer nichttechnischer Dienst – Zahlungsabwicklung

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
 3 Stimmenenthaltungen

**8. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009
 Fachbereich 4 - Finanzen
 Vorlage: 226/06**

Tonbandfundstelle: II/B/0300

Herr Niehues gibt zu Protokoll, dass Herr Lütke-meier in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung bestätigt habe, das Mittel für eine gutachterliche Begleitung im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz in das Budget des Fachbereiches 4 mit eingeflossen seien. Die CDU-Fraktion wolle sich hiermit eine Option offen halten.

Ferner bittet Herr Niehues, das Budget um die Gewinnabführungen von den Stadtwerken und der Stadtparkasse anzupassen, die sich ergebnisverbessernd auswirken würden.

Herr Lütke-meier bestätigt nochmals, das Mittel in das Budget des Fachbereiches 4 eingeflossen seien, die eine externe Begleitung zu bestimmten Fragestellungen im Zusammenhang mit der Aufstellung der Eröffnungsbilanz, aber auch von Folgebilanzen ermöglichen würden, und zwar in Höhe von insgesamt 58.000,00 €. Über die der Eröffnungsbilanz zugrunde liegenden Verfahren, Methoden und Maßstäbe werde eine gutachterliche Stellungnahme eingeholt.

Herr Roscher merkt hierzu an, dass es durchaus sinnvoll sein könne, wenn für die Erstellung der Eröffnungsbilanz externer Fachverstand eingekauft werde, um im Vorfeld ggf. Fehler zu vermeiden. Die Prüfung der Eröffnungsbilanz obliege jedoch der Örtlichen Rechnungsprüfung.

Herr Hemelt merkt an, dass er aus den Medien wisse, dass der Kreis beabsichtige, im größeren Umfange RWE-Aktien zu veräußern. Er bittet sicherzustellen, dass der Kreis dadurch keine Vermögenswerte für bestimmte Aufgaben schaffe und die wegfallenden Tantiemen über die Kreismulage finanziert werden müssten.

Herr Lütke-meier weist darauf hin, dass die RWE-Aktien beim Kreis in der Beteiligungsgesellschaft angelegt seien. Hier müsse man zunächst die Zusammenhänge sehen, bevor man auf den Verkauf reagiere. Allerdings sei das Thema auch schon

seit Jahren im Rahmen der Treffen der Kämmerer der kreisangehörigen Kommunen angesprochen worden, sodass sicherlich zu gegebener Zeit versucht werde, hierauf Einfluss zu nehmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereiches 4 – Finanzen – unter Berücksichtigung der nicht einzurichtenden Fachbereichsleiterstelle „Finanzen“ und der Gewinnabführungen von den Stadtwerken und der Stadtparkasse Rheine in den endgültigen Haushalts- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Einwohnerfragestunde

Tonbandfundstelle: II/B/0975

Da es inzwischen 19:00 Uhr gewesen ist, ruft Frau Dr. Kordfelder den TOP „Einwohnerfragestunde“ auf.

Es folgen keine Wortmeldungen.

**10. Beratung Stellenplan 2006
Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 227/06**

Tonbandfundstelle: II/B/1005

Herr Niehues erklärt, dass die CDU-Fraktion die 0,48-Stelle für die Besucherinformation/Telefonzentrale nicht einrichten wolle, weil sie der Auffassung sei, dass diese Aufgabe durch Verschiebungen innerhalb der Verwaltung bzw. durch Pool-Kräfte sichergestellt werden könne.

Im Übrigen möchte er wissen, wo die 0,5-Stelle aus dem Fachbereich 8 zu finden sei.

Herr Hermeling antwortet, dass es sich bei der vg. Stelle in der Besucherinformation/Telefonzentrale um einen Arbeitsplatz handele, der durch viele verschiedene Mitarbeiterinnen im Rahmen eines geringfügigen Arbeitsverhältnisses ausgefüllt werde. Die Ausweisung der Stelle sei aus arbeitsrechtlichen Gründen erforderlich; sie beinhalte keine faktische Änderung. Er werde im Rahmen der Gesamtübersicht in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13. Juni 2006 hierauf noch zurückkommen.

Ferner erklärt Herr Hermeling, dass die 0,5-Stelle aus dem Fachbereich 8 in der Summierung der Verschiebungen im Fachbereich 7 berücksichtigt worden sei.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 7 – Interner Service – mit folgenden Änderungen in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen:

+ 1,0 Stelle EG 6 – TUIV
- 0,48 Stelle EG 5 – Besucherinformation/Telefonzentrale
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stellt fest, dass zusätzlich zum im Fachbereich 7 vorhandenen Personal folgender Personalbedarf besteht:

1,0 Fachinformatiker für Stelle Nr. 7129 – TUIV
1,0 mittlerer nichttechnischer Dienst für Stelle Nr. 7102 - Organisationsbetreuung, Telekommunikation

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009
Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 228/06**

Tonbandfundstelle: II/B/1370

Herr Niehues bittet darum, im Budget des Fachbereiches 7 die höhere Kostenerstattung von rd. 35.000,00 € der KAI zu berücksichtigen.

Ferner bezieht er sich auf die Anlage 2 der Vorlage, in der die Verwaltung zu den Vorschlägen der Gemeindeprüfungsanstalt Stellung bezogen habe. Durch diese Stellungnahme seien die Vorschläge aus Sicht der CDU-Fraktion noch nicht erledigt. Vielmehr werde die Verwaltung gebeten, zu dieser Stellungnahme einen Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt einzuholen, worüber dann im Rahmen der Stellenplan- und Finanzdiskussion für das Jahr 2007 nochmals gesprochen werden müsse.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereiches 7 – Interner Service – unter Berücksichtigung der höheren Kostenerstattung durch die KAI in Höhe von ca. 35.000,00 € in den endgültigen Haushalts- und Investitionsplan zu übernehmen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den in den Produktgruppen 71 – Service Organisation – und 72 – Service Personal – definierten Zielen und Kennzahlen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Beratung Stellenplan 2006
Fachbereich 8 - Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 229/06

Tonbandfundstelle: II/B/1560

Herr Holtel hält die Ausweitung des Stellenplanes um 0,25 für die stellvertretende Fachbereichsleitung unter Berücksichtigung eventueller Umstrukturierungsmaßnahmen in nächster Zeit nicht für erforderlich.

Herr Hötter entgegnet, dass es sich hierbei um die Stelle von Herrn Wielage handele. Seine Stelle sei bislang komplett in der EWG geführt worden. Da er aber auch stellvertretender Fachbereichsleiter sei, müsse die Stelle mit 25 % im Fachbereich 8 und mit 75 % in der EWG ausgewiesen werden.

Herr Niehues bittet sicherzustellen, dass diese Änderung dann auch bei der EWG nachvollzogen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 8 – Wohn- und Grundstücksmanagement in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009
Fachbereich 8 - Wohn- und Grundstücksmanagement
Budget 8
Vorlage: 230/06

Tonbandfundstelle: II/B/1700

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereiches 8 – Wohn- und Grundstücksmanagement – unter Berücksichtigung der Mehreinnahmen in Höhe von 250.000,00 € im Bereich Wohnbauland und der Minderausgabe in Höhe von 200.000,00 € ab 2007 ff. im Bereich Wohnbauland in den endgültigen Haushalts- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Beratung Stellenplan 2006
Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 231/06

Tonbandfundstelle: II/B/1750

Herr Niehues bezieht sich auf den berechtigten Wunsch der Örtlichen Rechnungsprüfung nach einer personellen Verstärkung, dem die CDU-Fraktion auch Rechnung tragen wolle. Wegen der Reduzierung von Aufgaben im Hoch-/Tiefbau-bereich solle deshalb die Stelle eines Ingenieurs zur Örtlichen Rechnungsprüfung verschoben werden. Es handele sich hierbei zwar nicht um die gewünschte Stelle im gehobenen nichttechnischen Dienst; Herr Niehues glaubt jedoch, dass auch ein Ingenieur für den anfallenden Aufgabenbereich zweckdienlich eingesetzt werden könne. Ggf. müssten die Aufgaben innerhalb der Örtlichen Rechnungsprüfung auch verschoben werden.

Herr Oldekopf merkt hierzu an, dass allein der Rat zu entscheiden habe, wie stark die Örtliche Rechnungsprüfung sein solle. Sicherlich gebe es genügend Prüfungstätigkeiten im technischen Bereich. Allerdings halte er einen Ingenieur für die hier infrage stehende Umstellung des Rechnungswesens in der Örtlichen Rechnungsprüfung für wenig hilfreich. Wenn der Rat dem Vorschlag von Herrn Niehues folge, müsse künftig von der Örtlichen Rechnungsprüfung sicherlich externe Unterstützung für eine ordnungsgemäße Aufgabenabwicklung eingekauft werden.

Herr Holtel vertritt die Auffassung, dass dem Vorschlag von Herrn Niehues zugestimmt werden sollte. Ggf. müsse im Rahmen der Stellenplanberatungen für das nächste Jahr eine Nachbesserung erfolgen.

Herr Thum gibt zu bedenken, dass der Rechnungsprüfungsausschuss sich im Augenblick mit der Jahresrechnung 2003 beschäftige. Dieses sei ein Beweis dafür, dass dort eine Verwaltungskraft fehle. Deshalb sollte verwaltungsseitig zumindest geprüft werden, ob nicht doch aus dem technischen Dezernat ein Verwaltungsmitarbeiter versetzt werden könne, damit die dort aufgelaufenen Aufgaben auch zeitgemäß erledigt werden könnten.

Herr Roscher ergänzt, dass der Rechnungsprüfungsausschuss die Eröffnungsbilanz 2006 bis Ende des Jahres geprüft haben solle. Dieses setze jedoch voraus, dass die Jahresrechnungen der Vorjahre bis dahin geprüft sein müssten. Dieses sei jedoch nicht möglich, wenn im Rechnungsprüfungsamt die erforderliche Stelle nicht mit einem Verwaltungsfachmann besetzt werde.

Herr Niehues erklärt, die CDU-Fraktion bleibe bei ihrem Vorschlag auf Umsetzung eines Mitarbeiters aus dem technischen Bereich in die Örtliche Rechnungsprüfung. Eventuell müssten die Aufgaben in der Örtlichen Rechnungsprüfung umverteilt werden. Er wolle jedoch nicht ausschließen, dass unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Örtlichen Rechnungsprüfung im nächsten Jahr diese Entscheidung nochmals überdacht werden könne. **Er bittet die Verwaltung sicherzustellen, dass im Rahmen der Stellenverschiebung der Stellenplan des Fachbereiches 5 um eine Stelle gekürzt werde.**

Anschließend stellt Herr Thum den als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Antrag auf Streichung der nächst frei werdenden Beigeordnetenstelle.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass auch die CDU-Fraktion unmittelbar vor der Ratssitzung im Rahmen eines Pressegespräches erklärt habe, dass sie künftig eine Beigeordnetenstelle bei der Stadt Rheine einsparen wolle.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereiches 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung – mit folgenden Änderungen in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen:

+ 1,0 Stelle – Rechnungsprüfung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009
 Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
 Vorlage: 232/06**

Tonbandfundstelle: II/B/2775

Herr Niehues bittet die Verwaltung, spätestens zum Jahr 2007 den Bereich Politische Gremien und Verwaltungsführung voneinander zu trennen.

Ferner bezieht er sich auf die Anlage 2 der Vorlage und erklärt, dass die CDU-Fraktion auf die eine oder andere Anmerkung im Rahmen der Budgetplanung für das Jahr 2007 noch zurückkommen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereiches 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung –in den endgültigen Haushalts- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Ausschreibung und Vergabe der Erschließungsmaßnahme Me-
 sum Nord
 • Aufhebung eines Sperrvermerkes
 Vorlage: 233/06**

Tonbandfundstelle: II/B/2881

Herr Niehues bittet darum, den Sperrvermerk nur unter der Voraussetzung aufzuheben, dass der Bebauungsplan Rechtskraft erhalten habe.

Beschluss:

In diesem Sinne hebt der Haupt- und Finanzausschuss den Sperrvermerk für die Projekte 53014-37 Ausbau BG Mesum Nord (Straßenbau) und 6202-004 B-Plan Mesum Nord (Kanalbau) unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung im Bau- und Betriebsausschuss auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Ausschreibung und Vergabe der Erschließung Parkhaus Kardinal-Galen-Ring (Bauvorhaben Berning)

- **Aufhebung eines Sperrvermerks**

Vorlage: 234/06

Tonbandfundstelle: II/B/2950

Auf Hinweis von Herrn Niehues erklärt Frau Dr. Kordfelder, dass zz. von Herrn Berning keine weitere vertragliche Bindung zum Bau des Möbelhauses erwartet werden könne. Es spreche aber vieles dafür, dass im Herbst mit dem Bau begonnen werde.

Herr Dr. Kratzsch ergänzt, dass mit den Erschließungsarbeiten nicht eher begonnen werde, bis der Bauantrag von Herrn Berning vorliege.

Beschluss:

Daraufhin hebt der Haupt- und Finanzausschuss den Sperrvermerk für die Projekte 53014-407 Erschließung Parkhaus Kardinal-Galen-Ring (Straßenbau) in Höhe von 168.000,00 € und 6202-019 B-Plan 10 b (Berning) (Kanalbau) in Höhe von 75.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Ausschreibung und Vergabe der Straße Neue Stiege

- **Aufhebung eines Sperrvermerks**

Vorlage: 235/06

Tonbandfundstelle: II/B/3030

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für die Projekte 53014-3603 Ausbau Neue Stiege in Höhe von 183.000 € unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung im Bau- und Betriebsausschuss auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**19. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanz-
 ausschuss**

Tonbandfundstelle: II/B/3105

Es liegen keine Eingaben vor.

20. Anfragen und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 20:07 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Stellv. Schriftführer